

Antragsteller: (Veranstalter)		<h2 style="margin: 0;">Anzeige einer ortsüblichen Brauchtumsveranstaltung nach § 29 Abs. 2 StVO</h2> <p> <input type="checkbox"/> ortsübliche Prozession <input type="checkbox"/> ortsübliche kirchliche Veranstaltung <input type="checkbox"/> ortsübliche sonstige kleinere Brauchtumsveranstaltung (Kirchenparade, Umzug nach der Kirche zum Veranstaltungsort, Martinsumzug) </p>
Name		
Straße, Hs-Nr.		
PLZ, Ort		
Telefon		
Fax:		
E-Mail		

Anschrift der zuständigen Behörde Landratsamt Aschaffenburg Untere Straßenverkehrsbehörde Am Glockenturm 6 63814 Mainaschaff NEU: verkehr@Lra-ab.bayern.de	Erforderliche Unterlagen – sind bei Anzeige mit vorzulegen: <p> <input type="checkbox"/> Nachweis der Veranstalterhaftpflichtversicherung (Anl. 1) <input type="checkbox"/> Veranstaltererklärung (Anlage 2) <input type="checkbox"/> genauer Streckenplan <input type="checkbox"/> Einvernehmen Gemeinde für Absicherung durch die örtl. freiwillige Feuerwehr (Anlage 3) </p>
--	---

Verantwortlicher für die Durchführung:	
Adresse Verantwortlicher:	
Handy-Nr. Verantwortlicher:	
E-Mail Verantwortlicher:	

Art und Anlass der Veranstaltung / Bezeichnung der Veranstaltung:	
Veranstaltungszeitraum:	<u>Beginn</u> (Datum + Uhrzeit) - <u>Ende</u> (Datum + Uhrzeit) -
Voraussichtliche Zahl der Teilnehmer:	Personen
Ort (Gemeinde, Ortsteil)	
Start (Ort, Straße, Haus-Nr., etc.)	Ziel (Ort, Straße, Haus-Nr., etc.)
Streckenverlauf:	

- Veranstalter und Wegstrecke ändern sich **nicht** gegenüber dem Vorjahr! (unser Aktenzeichen:)
 Wegstrecke ändert sich gegenüber Vorjahr!

Ort, Datum,	Unterschrift	Hinweise: Es können nur vollständig ausgefüllte Anträge bearbeitet werden.
-------------	--------------	--

Die Anzeige ist im Regelfall spätestens 2 Monate vor Beginn der örtlichen Brauchtumsveranstaltung einzureichen.

Die Grundinformationen zu den Informationspflichten nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie detaillierte Informationen über die Verarbeitungstätigkeiten der Organisationseinheiten des Landratsamtes Aschaffenburg finden Sie unter www.formulare-landkreis-ab.de.

!! von der Versicherung auszufüllen !!

Bestätigung der Versicherungsgesellschaft zur Vorlage bei der Straßenverkehrsbehörde über den Haftpflichtversicherungsschutz für eine Veranstaltung

(Versicherungsgesellschaft)

An _____
(Name des Veranstalters / Versicherungsnehmers)

_____ (Ort)

Betreff _____
(Bezeichnung der Veranstaltung)

am _____
(Veranstaltungstage)

Versicherungsschein- bzw. Mitglieds-Nr.: _____

Bestätigung

Hiermit bestätigen wir, dass im Rahmen und Umfang der oben bezeichneten Versicherung Versicherungsschutz für die gesetzliche Haftpflicht privatrechtlichen Inhalts gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 StVO (Randnr. 20-23) für die Vorbereitung und Durchführung der oben bezeichneten Veranstaltung besteht.

- Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf alle Risiken im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Anhängern. Hiervon ausgenommen sind Risiken, die durch Versicherungen nach dem Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter abzusichern sind (§ 1 PflVG) oder für die in gleicher Weise und in gleichem Umfang wie beim Bestehen einer Kfz-Haftpflichtversicherung einzutreten ist (§ 2 Abs. 2 PflVG).
- Der Versicherungsschutz erstreckt sich nicht auf öffentlich-rechtliche Ansprüche (wie z.B. straßenrechtliche Erstattungsansprüche).

Individuell gemäß Vertragsinhalt anzupassen (zutreffende Alternative bitte ankreuzen):

Die Versicherungssummen betragen je Versicherungsfall

_____ Euro für Personenschäden (innerhalb dieser Versicherungssumme ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person), _____ Euro für Sachschäden und _____ Euro für Vermögensschäden.

_____ Euro pauschal für Personen- und Sachschäden (innerhalb dieser Versicherungssumme ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person) und _____ Euro für Vermögensschäden

_____ Euro pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden (innerhalb dieser Versicherungssumme ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person).

Die Höchstersatzleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle anlässlich dieser Veranstaltung beträgt das _____-fache dieser Versicherungssummen.

Ort, Datum

Unterschrift

(Name in Druckschrift und/oder Stempel der Versicherung)

Veranstaltererklärung

(Veranstalter)

, den

(Ort)

(Datum)

**An das
Landratsamt Aschaffenburg
-Untere Straßenverkehrsbehörde-
Am Glockenturm 6
63814 Mainaschaff**

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung

(Bezeichnung und Datum der Veranstaltung)

Erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. nach Art. 18 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

(Unterschrift)

(Name in Druckschrift oder Stempel)

!! von Stadt/Gemeinde/Markt auszufüllen !!

Einvernehmensklärung für den Einsatz der Feuerwehr bei Veranstaltungen (Art. 7a Gesetz über Zuständigkeiten im Verkehrswesen)

Die Stadt / der Markt / die Gemeinde _____ erklärt ihr Einvernehmen

hinsichtlich der Absicherung der Veranstaltung _____ durch die Feuerwehr.

Für den Einsatz der Feuerwehr liegt die Zustimmung der Feuerwehr und des zuständigen Gemeindeorgans vor.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anmerkung:

Die erforderliche Absicherung einer Veranstaltung ist von Führungsdienstgrade der Feuerwehr oder von ihnen im Einzelfall beauftragte Mannschaftsdienstgrade durchzuführen. Die Befugnisse richten sich nach § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Die Berechtigung geht nur soweit, als die Polizei im Sinn des Art. 1 des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung steht.